

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 31.10.2006
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken
Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn
Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn
Frau Heidi Buskase 48599 Gronau
Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau
Herr Dietmar Eisele 48683 Ahaus
Herr Markus Jasper 48619 Heek
Herr Gerhard Ludwig 46325 Borken
Herr Johannes Maus 46342 Velen
Frau Gerda-Marie Möller 48734 Reken
Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher
Frau Ursula Schulte 48691 Vreden
Frau Silke Sommers 46399 Bocholt
Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt
Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Reinhard Groschke
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Frau Susanne Lökes
Herr Jürgen Ahlte

Gäste/Referenten:

Herr Thomas Dreessen, Institut für Kirche u. Gesellschaft der ev. Kirche in Westfalen
Herr Lothar Bardenhorst, Institut für Kirche u. Gesellschaft der ev. Kirche in Westfalen

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung weist Vorsitzender Stilkenbäumer darauf hin, dass im Ältestenrat Beschwerde über die Länge der Ausschusssitzung geführt worden sei. Er werde sich deshalb bemühen, die Sitzungsdauer kurz zu halten.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Projekt "Gewaltberatung für Männer"
Bericht durch die Herren Dreessen und Bardenhorst, Institut für Kirche
und Gesellschaft der ev. Kirche in Westfalen**

Herr Dreessen bedankt sich für die Möglichkeit, das Projekt „Männer stellen sich ihrer Gewalt“ im Ausschuss vorstellen zu dürfen. Er weist darauf hin, dass die Umsetzung des Projektes ohne die finanzielle Unterstützung mit Kreismitteln nicht möglich gewesen wäre. Deshalb bedankt er sich nochmals ausdrücklich.

Herr Bardenhorst, der als anerkannt qualifizierter und zertifizierter Gewaltberater und Gewaltpädagoge die Beratungsarbeit durchführt, gibt einen kurzen Einblick in die Problematik der Gewalt und berichtet aus seiner Arbeit. Im Anschluss daran beantwortet er die gestellten Fragen.

Eine Kurzinfo über das Beratungsangebot für gewalttätige Männer wird als Anlage 1 zum Protokoll überreicht und ist der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzender Stilkenbäumer bedankt sich bei den Herren Dreessen und Bardenhorst für den interessanten und aufschlussreichen Vortrag. Herr Dreessen fragt nach, ob er für die weitere Arbeit in diesem Projekt einen Förderantrag für das Jahr 2007 stellen könne. Vorsitzender Stilkenbäumer bejaht diese Frage.

**Punkt 2: SGB II - Zielplanung 2007
Vorlage: 0257/2006**

Mit Rücksicht auf die Länge der Sitzung verzichtet die Verwaltung auf eine Präsentation der Vorlage.

Mitglied Schulte erklärt für die SPD-Fraktion, dass ihre Fraktion mit der von der Verwaltung vorgesehenen Aufteilung der Eingliederungsmittel einverstanden sei. Insbesondere werde die vorgesehene Förderung von Personen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen mitgetragen.

Mitglied Pohl stellt für die CDU-Fraktion fest, dass die vorgesehene Aufteilung der Eingliederungsmittel auf die verschiedenen Zielgruppen und Maßnahmen die Zustimmung ihrer Fraktion finde, dies gelte auch für die Höhe der Risikorücklage/Planungsreserve.

Mitglied Eisele erklärt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, dass der Grundsatz des Förderns und Forderns in der Zielplanung 2007 nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Nach seiner Auffassung würden Personen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen nur nachrangig gefördert, weil für sie nur Zusatzjobs mit zeitlicher Befristung angeboten würden. Auch eine gezielte Förderung von Frauen durch besondere Maßnahmen sei unerlässlich. Eine ausreichende Planungssicherheit für die Träger sei bei dem vorgesehenen Umfang und der zeitlichen Befristung der Aufträge für die Basisangebote nicht vorhanden. Darüber hinaus sollte der Einsatz der Planungsreserve im Ausschuss beraten werden. Aus den vorstehenden Gründen könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Haßenkamp weist darauf hin, dass in der Vorlage die Handlungsbedarfe für die verschiedenen Zielgruppen dargestellt seien. Wichtig sei hierbei, dass allen Hilfeempfängern grundsätzlich alle Maßnahmen zur Verfügung stünden. Deshalb sei auch auf Angebote für besondere Zielgruppen (z. B. für Frauen) bewusst verzichtet worden. Die niederschweligen Basisangebote seien zu Gunsten der Eingliederungsaktivitäten der örtlichen Service-Punkte ARBEIT gekürzt worden. Das bedeute aber nicht, dass der Zielgruppe der Personen mit mehrfachen/schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen nur Zusatzjobs als Eingliederungsleistungen zur Verfügung stünden. Sie könnten vielmehr auch an allen anderen Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Zur Frage der Planungssicherheit für die Maßnahmeträger weist er darauf hin, dass in dem Finanzrahmen von 2,5 Mio. € eine ausreichende Planungssicherheit für die Träger bestehe. Hierbei müsse aber bedacht werden, dass der Kreis die Vorgaben des Bundes zur Haushaltsführung zu beachten habe und deshalb nur kurzfristige Auftragsvergaben erfolgen können, die je nach Mittelfreigabe verlängert würden. Ergänzend weist er darauf hin, dass bei der Beratung in der Lenkungsgruppe von einigen Kommunen die Forderung erhoben worden sei, die Mittel für die Eingliederungsaktivitäten der örtlichen Service-Punkte ARBEIT zu Lasten der Mittel für niederschwellige Basisangebote zu verstärken. Dieser Forderung sei der Kreis nicht gefolgt, weil er der Auffassung sei, dass hier eine zentrale Gesamtsteuerung erforderlich sei. Die in der Grundstruktur vorzuhaltenden Maßnahmen würden in enger Abstimmung mit den Ortsbehörden festgelegt. Alle Maßnahmen stünden kreisweit zur Verfügung.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Zielplanung 2007 zur Kenntnis und stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2007 zu.

**Punkt 3: Änderung der Satzung über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreis Borken vom 20.01.2005
Vorlage: 0258/2006**

Mitglied Daberkow stellt dar, dass durch die 50 %ige Finanzbeteiligung voraussichtlich 4 Kommunen höher belastet würden als nach der alten Regelung. Insbesondere sei die Stadt

Gronau hiervon betroffen. Er bittet um Beantwortung der Frage, warum gleichwohl kein Härteausgleich in die Satzung aufgenommen werden solle.

Herr Haßenkamp erläutert, dass die Finanzbeteiligung in der Bürgermeisterkonferenz behandelt worden sei. Eine einvernehmliche Regelung für eine andere Finanzbeteiligung habe nicht erzielt werden können, daher greife die gesetzliche Regelung wie sie in der Satzung vorgesehen sei. Zwar seien bei der Stadt Gronau im Vergleich zu den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises erhebliche strukturelle Unterschiede festzustellen, dies alleine reiche aber für einen Härteausgleich nicht aus. Die weitere Voraussetzung, dass bedingt durch die strukturellen Unterschiede die Finanzbeteiligung für die Stadt Gronau zu einer erheblichen finanziellen Härte führen würde, sei zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht feststellbar.

Herr Ritter weist darauf hin, dass über ein Büroversehen in der als Anlage beigefügten Satzung ein falsches Datum für das in Kraft treten enthalten sei und bittet das Datum auf den 08.07.2006 zu ändern.

Mitglieder Buskase und Daberkow erklären, sich der Stimme enthalten zu wollen, da für sie noch zusätzlicher Informationsbedarf in der Frage der Härtefallregelung für Gronau gesehen werde.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

2 Enthaltungen

Der Kreistag beschließt die in der Anlage ausgewiesenen Änderungen der Satzung über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreis Borken vom 20.01.2005.

Punkt 4: Förderung der Sozialarbeiter/innen im Allgemeinen Sozialen Dienst bei den Wohlfahrtsverbänden
Vorlage: 0260/2006

Mitglied Pohl bittet darum, die Beratung und Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen, da eine Auswertung der nur als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Berichte der Wohlfahrtsverbände nicht möglich sei.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Vorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Beratung und Entscheidung über die Verlängerung der Einzelvereinbarungen mit den Wohlfahrtsverbänden über die Förderung des Allgemeinen Sozialen Dienstes wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 12.12.2006 vertagt.

Punkt 5: Bericht über die Situation der Schuldnerberatungsstellen
Vorlage: 0261/2006

Herr Groschke erläutert kurz die Sitzungsvorlage.

Mitglieder Tanjsek bemängelt, dass die Wartezeit für die Erstberatung bei der AWO von mehr als 6 Monaten deutlich zu lang sei.

Herr Groschke erklärt hierzu, dass die Länge der Wartezeiten unterschiedliche Ursachen habe. Zum einen sei dies in der Anzahl der nachgefragten Beratungsgespräche begründet, zum anderen sei die Ursache in der Personalsituation zu suchen, wie z. B. bei der AWO. Die unterschiedlichen Fallzahlen seien auch begründet in der unterschiedlichen Zählweise der verschiedenen Träger. Hier befinde man sich im ständigen Dialog mit den Schuldnerberatungsstellen, um eine aussagekräftige und vergleichbare Statistik zu erhalten sowie die Wartezeiten zu verkürzen. Bei den Wartezeiten für Erstgespräche sei Ziel, ein Erstgespräch für Bezieher von SGB II-Leistungen innerhalb von 14 Tagen durchzuführen.

Mitglied Daberkow erklärt, der eingeschlagene Weg sei richtig. Die Schuldnerberatung sei ein wichtiger Teil der Gesamthilfe. Er schlägt vor, dass über die Situation in der Schuldnerberatung Ende 2007 im Ausschuss berichtet wird.

Mitglied Pohl spricht sich für eine Leistungsvereinbarung mit den Schuldnerberatungsstellen aus, die auch ein Controlling enthalten sollte. Ziel sollten schnell erreichbare niederschwellige Angebote möglichst vor Ort sein.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Situation der Schuldnerberatungsstellen im Kreis Borken zur Kenntnis.

Punkt 6: Veränderung bei den Zuständigkeiten der Krankenhausförderung in NRW
Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.10.2006
Vorlage: 0256/2006

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion zur Veränderung bei den Zuständigkeiten der Krankenhausförderung in NRW ist als Anlage 2 zum Protokoll beigefügt.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Herr Haßenkamp berichtet aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz vom 06.09.2006. Das Protokoll der kommunalen Gesundheitskonferenz ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Punkt 7.2: Kreispflegekonferenz

Herr Groschke berichtet aus der Kreispflegekonferenz vom 25.10.2006. Das Kurzprotokoll der Kreispflegekonferenz ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Punkt 8: Anfragen

Mitglied Büscher fragt nach den Erfahrungen mit dem Brustscreening im sog. „Mammomobil“. *Hierzu liegen wegen der Kürze des Einsatzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Angaben vor.*

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer

Hans Ritter